Europäische Postnachrichten.

Köpenickiade in Leipziger Hotel.

Der Streich eines Feldwebels, der Industriellen verhaftet.

Eine ganz faule Schwindelgeschichte ist in einem großen Leipziger Hotel passiert. Um 4 Uhr früh wurde plötzlich der Direktor einer Industriefirma aus Sachsen-Altenburg aus dem Bett heraus durch einen Feldwebel der Sicherheitstruppen verhaftet. Der Feldwebel sagte, er müsse sofort zur Wache, da er im Verdachte stehe, eine große Summe Geldes bei sich zu haben, die er nach dem Auslande schaffen wolle. Der Feldwebel ließ sich auf keinerlei Verhandlungen und Legitimationen ein, sondern drohte mit Anwendung von Gewalt, wenn der Verhaftete nicht mit ihm ginge. Der Zug begab sich zur Militärwache in das Hauptpostamt. Dort wurde der Verhaftete einem Leutnant übergeben, der alle Papiere und Wertgegenstände übernahm. Der Feldwebel erklärte, daß in kurzer Zeit ein Kriminalbeamter erscheinen werde, der den Verhafteten übernehmen werde. Als der Beamte bis 7 Uhr früh nicht erschien, verlangte der Direktor Verbindung mit der Kriminalpolizei, und es stellte sich heraus, daß dort von einem Verhaftungsbefehl nichts bekannt war. Der Direktor mußte feststellen, daß seine Wertgegenstände und Papiere auch nicht mehr in den Händen des Leutnants waren. Der Schwindler hatte sie bei dem Offizier für die Kriminalpolizei abholen lassen und eine Quittung ausgestellt. Der Mann war mit der gestempelten Vollmacht eines Noske-Kommandos in Berlin ausgestattet, so daß man keinen Verdacht schöpfen konnte. Es wurden ihm sogar Mannschaften mitgegeben, um die Verhaftung vorzunehmen. Dem Schwindler sind etwa 2000 Mark in die Hände gefallen. Er trieb seine Frechheit noch weiter. Kurz nach der Verhaftung erschien er im Hotel und beschlagnahmte zwei Koffer und sämtliche Wertsachen des Direktors, so daß dieser eine Einbuße von 6000 bis 8000 Mark erleidet. Weiter war der Schwindler so frech, am Abend die Kriminalpolizei aufzurufen und die Verhaftung anzukündigen, damit alles möglichst unauffällig vor sich gehe.

Burschenschaften gegen neue Farben.

Nennt den beschlossenen Flaggenwechsel unnötig und beklagenswert.

Eisenach. Der Burschentag hat zu den neuen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold, den Farben der alten deutschen Burschenschaft und vieler heute bestehender Burschenschaften, mit folgender Erklärung Stellung genommen:

Die Nationalversammlung hat die Farben Schwarz-Rot-Gold, die nun seit mehr als hundert Jahren die Farben der deutschen Burschenschaft gewesen sind, als Farben des Deutschen Reiches gewählt. Die Burschenschaft sieht mit tiefer Trauer, daß das schwarz-weiß-rote Banner des 1871 gegründeten Deutschen Reiches damit niedergeholt ist, das Banner, unter dem Reich und Volk zu hohem Ansehen in der ganzen Welt gelangt und unter dem Tausende von Mitgliedern der Burschenschaft in den Kampf und in den Tod für die Ehre und Freiheit des Vaterlandes gegangen sind. Die alten Burschenschaftsfarben waren das Symbol der deutschen Einheitsbewegung. Für sie hatten die alten Burschenschafter Not und Verfolgung auf sich genommen. Die Farben wurden bei der Reichsgründung von dem nationalen Schwarz-Weiß-Rot abgelöst. Wenn jetzt in der Nationalversammlung mit schwacher Mehrheit die Farben Schwarz-Rot-Gold zu den neuen Reichsfarben erklärt worden sind, so können diese nicht als nationales Einheitssymbol im Sinne der alten Burschenschaft angesehen werden. Die deutsche Burschenschaft ist mit vielen Volksgenossen der Meinung, daß ein Flaggenwechsel unnötig war und beklagenswert ist.

Handelsverbindung mit den Ver. Staaten.

Deutsche Firmen, deren Niederlassung hier beschlagnahmt, arg im Nachteil.

Hamburg, 19. August.

Direktor Huldermann von der Hamburg-Amerika-Linie macht im „Hamb. Korresp." Mitteilungen über den beginnenden Handel mit den Vereinigten Staaten. Er macht zunächst darauf aufmerksam, daß die Abteilung des Staatsdepartements für Kriegswirtschaft in ihrer Verordnung über die Wiederherstellung des Handels mit deutschem Eigentum, das dem Verwalter feindlichen Besitzes untersteht, erlaubt ist, — daß also aller geschäftliche Verkehr hinsichtlich des beschlagnahmten deutschen Besitzes nicht direkt mit Amerikanern, sondern nur mit dem genannten Verwalter feindlichen Vermögens stattfinden kann. Das heißt, daß deutsche Firmen, die früher mit ihren Niederlassungen drüben verkehrt haben, sich jetzt eine neue Geschäftsverbindung mit amerikanischen Bürgern schaffen müssen, wenn sie sicher sein wollen, daß sie ungestört die Verbindung wieder aufnehmen können.

Die große Schwierigkeit für die Wiederaufnahme liegt in der Geringfügigkeit des deutschen Exports, denn selbst ein Kaiserport hat bisher in geringem Umfange oder gar nicht stattgefunden. Daß Absatzmöglichkeit für deutsche Waren drüben vorhanden ist, daran zweifelt kein Amerikaner, der bisher nach Deutschland gekommen ist, und es scheint doch, daß die amerikanischen Regierungskreise nicht gewillt sind, nach dem Kriege dem deutschen Geschäftsverkehr irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen, daß sie vielmehr die Deutschen nicht mit anderen Augen betrachten werden als die Angehörigen irgendwelcher anderen fremden Nationen.

Genueser Blätter melden nach der Agenzia Americana, daß die brasilianisch-deutschen Handelsbeziehungen wieder aufgenommen worden sind.

Aus Deutschland.

Der neue Spielplan des Nationaltheaters.

Die Oper bringt interessante Neuaufführungen. — Uraufführungen sind geplant.

(„Berliner Lokalanzeiger".)

Der neue Spielplan des Nationaltheaters in Weimar kann in diesem Jahre zum ersten Male wieder sich ohne die vielfältigen Hemmungen der Kriegsjahre ausgestalten. In der Ende September einsetzenden Winterspielzeit 1919-1920. harren zunächst in der Oper eine Reihe von Neuerwerbungen der ersten Aufführung, wie „Don Juans letztes Abenteuer" von Paul Gräner, die komische Oper „Herr Dandolo" von Rudolf Siegel, die Pantomime (von Arthur Schnitzler) „Der Schleier der Pierette" von E. v. Dohnanyi. Gleich zu Beginn der Spielzeit steht die bereits für 1914 geplant gewesene, des Krieges wegen aber bisher unausführbare Erstaufführung von Botho Siegwarts Oper „Die Lieder des Euripedes" hervor, während wegen Erwerbung einer weiteren großen Oper die Verhandlungen noch schweben. Von besonderer Bedeutung ist die geplante zyklische Aufführung sämtlicher Wagneropern, mit Ausnahme natürlich der in Weimar noch nicht aufgeführten beiden Erstlingswerke. Von Mozart dürften „Don Juan", „Die Entführung", „Cosi san tutte", „Figaros Hochzeit", von Lortzing „Der Wildschütz", „Der Waffenschmied", „Undine", „Zar und Zimmermann", von Verdi „Der Troubadour", „Rigoletto", „Ein Maskenball", „Othello" und „Falstaff" zu Gehör kommen. Richard Strauß wird voraussichtlich mit „Elektra", „Rosenkavalier", Puccini mit „Bohême" und „Madame Butterfly" vertreten sein. Das Schauspiel bringt an Klassikern u. a. „Faust", „Tasso", „Die Mitschuldigen", „Iphigenie", „Don Carlos", „Wilhelm Tell", „Minna von Barnhelm", „Die bezähmte Widerspänstige", „Romeo und Julia", „Timon von Athen" (in der Bearbeitung von Hans Olden), „Der zerbrochene Krug". An Neuerwerbungen: „Katte" von H. Burte, „Frau Margitt" von Strindberg, „Alkestis" von R. Prechtl, „Der natürliche Vater" von H. Eulenberg, „Carbenio" von F. Dülberg, „Und Pippa tanzt" von G. Hauptmann, „Rose Berndt" von demselben, „König Nicolo oder So ist das Leben" von F. Wedekind, „Die Distel" von R. Saudeck. Wegen einer Reihe von Uraufführungen steht die Intendanz noch in Unterhandlung.

Ueber das Baden der kleinen Kinder.

Kinder-Büro des Bundes-Arbeits-Departements gibt wertvolle Winke.

(German Bureau, Foreign Language Governmental Information Service.)

Das Kinderbüro des Arbeitsdepartements schreibt: Das gesunde Kind jeden Alters sollte täglich gebadet werden, gewöhnlich morgens. Im Sommer, wenn es nötig ist, daß das Kind kühl bleibt, kann man es auch direkt vor dem Schlafengehen baden. Lauwarmes Wasser von 85 bis 90 Grad ist gewöhnlich am besten, obgleich ältere stramme Kinder es vielleicht kälter mögen. Sehr wenig Seife ist nötig, und sie soll nie direkt auf die Haut gerieben werden. Selbst bei heißem Wetter soll das Kind, während es gebadet wird, vor der Zugluft geschützt werden, da es sich leicht erkältet, und aus demselben Grunde soll es schnell angekleidet werden, nachdem es aus dem Wasser herausgenommen worden ist. Nach dem Bade soll das Kind mit sanfter Hand, aber doch sorgfältig abgetrocknet werden, indem man die Haut mit einem weichen Handtuch gelinde betupft. Ein klein wenig feines Puder mag dann für die Falten angewendet werden, wie z. B. im Schambug und in der Achselhöhle, aber viele Mütter benützen viel zu viel Puder und verstopfen damit die Poren. Bei heißem Wetter, wenn sich die Haut oft etwas entzündet, mag ein Kleienbad das Wohlbefinden des Kindes fördern. Zu diesem Zwecke füllt man einen Beutel mit Kleie, durchnäßt ihn und drücke ihn aus, bis das Wasser milchig wird. Man setze das Kind einige Minuten lang in das Wasser und trockne es ab, ohne es erst abzuspülen. Keine Seife darf benützt werden.

Für Notenumtausch.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von parlamentarischer Seite hört, plant der Reichsfinanzminister zur Klärung aller durch das Gesetz gegen die Kapitalflucht (Notenumtausch, Abstempelung der Wertpapiere) entstandenen Fragen eine Sachverständigenkommission zu bilden, welche die gesamten Unterlagen des Gesetzes, insbesondere auch die Devisenfragen, einer Nachprüfung unterziehen wird.

Flugzeugjagd auf Millionenschmuggler.

Das flüchtige Kapital soll, wie verlautet, der Kronprizessin gehören.

(„Neues Wiener Journal".)

Berlin, 19. August.

Im Zusammenhange mit der Verschiebung von Millionenwerten nach der Schweiz haben sich Polizeipräsident Ernst und Dr. Weiß nach Weimar begeben, um der Regierung Bericht zu erstatten. Aus dieser Tatsache wird geschlossen, daß es sich um eine sehr hochgestellte Persönlichkeit, wie es heißt, um die deutsche Exkronprinzessin, handelt, die auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege einen erheblichen Teil ihres Vermögens ins neutrale Ausland in Sicherheit bringen wollte. Es handelt sich nicht um zwanzig, sondern um zehn Millionen Mark, die über die Grenze gebracht werden sollten und die mit Inanspruchnahme des neuesten Hilfsmittels der Kriminalpolizei, des Flugzeuges, in Nürnberg rechtzeitig beschlagnahmt worden sind.

Die zehn Millionen sollten von einer mehrköpfigen Gesellschaft, Damen und Herren, nach der Schweiz gebracht werden. In den drei Flugzeugen, deren sich die Kriminalpolizei zur Verfolgung des D-Zuges bediente, wurden daher außer zwei Kriminalbeamten auch zwei Agentinnen mitgenommen. Die Meldung, daß von Berlin aus ein großes Vermögen nach der Schweiz verschoben werden sollte, war der Berliner Kriminalpolizei durch Agenten überbracht worden, die gute Beziehungen zu Banken unterhielten und dort von der mit Eifer betriebenen Flüssigmachung großer Werte einer bekannten Persönlichkeit Nachricht bekommen hatten. Das Material wurde Regierungsrat Weiß übergeben, der die weiteren Nachforschungen veranlaßte. Inzwischen war festgestellt worden, daß ein Herr, der jedoch offenbar nur als Agent in Frage kommt, einen lebhaften Verkehr mit einer Schweizer Familie unterhielt, die in einer der Pensionen des Westens wohnte. Die Schweizer, die hier als Vergnügungsreisende auftraten, verlangten ganz plötzlich ihre Rechnung, packten die Koffer und fuhren zum Bahnhof. Der die Schweizer beobachtende Kriminalist gab die Meldung an das Polizeipräsidium weiter und bat um Weisungen. Gegen 8 Uhr abends flogen drei Maschinen, denen als Ziel die Schweizer Grenze angegeben war und die sich mit Brennstoff für 750 Kilometer versehen hatten, ab. Nach einer Notlandung bei Neu-Roda, wo das Flugzeug des Kriminalkommissärs, der die polizeiliche Leitung hatte, landen mußte, trafen die beiden anderen Maschinen nach kaum fünf Stunden Fahrt in Nürnberg ein.

Die „Voss. Ztg." meldet aus Kopenhagen: Sachverständige, die mit der Schätzung der durch den Prinzen von Wied geschmuggelten Wertgegenstände betraut waren, haben ihr Urteil dahin abgegeben, daß der Wert der Juwelen und Spitzen sieben Millionen schwedischer Kronen, das sind nach dem heutigen Stand der Valuta etwa 30 Millionen Mark beträgt.

Engländer in Bromberg angepöbelt.

Hauptmann Mitchell von Volksmenge bespuckt, beschimpft und verfolgt.

Berlin. Ueber einen unliebsamen Zwischenfall, der sich in Bromberg ereignete und zum Gegenstand eines Notenaustausches geworden ist, wird jetzt mitgeteilt, daß der englische Hauptmann Mitchell, der das Opfer von Belästigungen durch Grenzschutzsoldaten geworden sei, folgenden Bericht erstattet habe:

Als ich am Abend gegen 6¼ Uhr die Hauptstraße entlang ging, wurde ich von einer Gruppe deutscher Soldaten in übler Haltung umgeben, die wild auf mich eindrang, alle Arten von Schmähungen ausstieß, auf den Boden und auf mich spuckte und mir schließlich Stöße versetzte. Das Benehmen hielt so lange an, bis ich mein Hotel erreicht hatte, das ich nur betreten konnte, nachdem ich den Kreis der Menge durchbrochen hatte, die mir in rüdester Weise Stöße versetzte. Sie blieb vor meinem Hotel stehen, und fünf Minuten lang überschüttete sie mich mit wüstesten Schimpfworten. Schließlich verschwand sie, ohne daß die Polizei eingegriffen hätte, die während der Szene auf der Straße anwesend war.

Hierzu wird von zuständiger Stelle bemerkt, es sei selbstverständlich, daß von deutscher Seite das Benehmen der betreffenden Soldaten nach objektiver Prüfung der Vorgänge die schärfste Ahndung finden werde.

Belgier in Malmedy.

Preußische Fahne in der Nacht vor der Besetzung gehißt.

(„Berliner Lokalanzeiger".)

Die Brüsseler Zeitungen bringen ausführliche Berichte über den Einzug der belgischen Truppen in Malmedy. Trotz ihres guten Willens, den Empfang in der Stadt möglichst rosig zu schildern, haben die Brüsseler Journalisten, wie die „Frankfurter Zeitung" berichtet, der Wahrheit die Ehre geben müssen. Der „Vengtième Siècle" bemerkt, daß die Stadträte, die sich an der Begrüßung beteiligten, davon entzückt schienen, daß Malmedy zum alten Vaterlande zurückkehrte. Nur bei zwei Herren, Lang und Brapard, den eigentlichen Pro-Belgiern, sei das „schiemen" zu wenig. In der Nacht vor dem Einzug war auf dem Felsen über der Stadt die preußische Fahne aufgepflanzt worden, die von einem Führer des „Annexionismus", Colson, herabgeholt wurde. Aus dem Volke hätte sich offenbar niemand dazu bereitgefunden.

Aus Oesterr.-Ungarn.

Die Zurückgabe der Kunstschätze.

Oesterreich muß Kunstwerke, Antiquitäten und Urkunden hergeben.

(„Neue Freie Presse", Wien.)

In einem besonderen Abschnitt des Kapitels der Wiedergutmachung enthält der Entwurf des Friedensvertrages Bestimmungen über die Ausfolgung von Urkunden, Antiquitäten, Kunstwerken oder sonstigen wissenschaftlichen und bibliographischen Gegenständen. Was an derlei Sachen aus vorübergehend eroberten oder von Feinden besetzten Gebieten weggebracht wurde, muß zurückerstattet werden. Deutschösterreich wird ferner die nachträgliche vollständige Erfüllung derjenigen Pflichten auferlegt, die es seinerzeit in den Verträgen übernommen hat, die mit Italien in den Jahren 1859, 1866 und 1868 geschlossen wurden. Ferner soll nach Ratifikation des Friedens von der Kommission für die Wiedergutmachung ein Komitee von drei Juristen ernannt werden, die zu prüfen haben, unter welchen Bedingungen eine Reihe von Kunstwerken und Manuskripten von den österreichischen Monarchen oder von den ehemals in Italien herrschenden Häusern nach Oesterreich überführt wurden. Was seinerzeit nach den Entscheidungen dieses Komitees entgegen den Gesetzen der italienischen Provinzen weggenommen wurde, ist zurückzustellen. Ebenso ist es mit ähnlichen Ansprüchen Belgiens, Polens und des czecho-slowakischen Staates zu halten.

Wenn sich in den Sammlungen der „österreich-ungarischen Monarchie oder deren Regierungen" Gegenstände künstlerischen, archäologischen, wissenschaftlichen oder geschichtlichen Wertes befinden, die aus fremden Gebieten stammen und dabei zu deren geistigem Eigentum gehören, wird Deutschösterreich auf Verlangen des beteiligten Staates und unter Zusicherung der Gegenseitigkeit Vereinbarungen zu treffen haben, wonach diese Objekte wieder in ihr Ursprungsgebiet zurückgebracht werden können. Sofern nicht eine andere Verabredung stattgefunden hat, dürfen derartige Sachen während zwanzig Jahren weder veräußert noch sonst vergeben werden. Sie sind vielmehr sicher und gut aufzubewahren. Sie müssen ebenso wie die Inventare, Kataloge und Verwaltungsakte der fraglichen Sammlungen den Gelehrten und Studierenden der alliierten und assoziierten Länder stets zugänglich bleiben.

Aus der Liste der Gegenstände, deren legitimer Erwerb von dem Komitee zu prüfen ist, sind zu erwähnen:

Aus Toskana die Kronjuwelen, die Privatjuwelen der Prinzessin Electrice de Medici, Juwelen aus der Erbschaft der Medicis, andere Kostbarkeiten, die im achtzehnten Jahrhundert nach Wien gebracht wurden, und alte astronomische und physikalische Instrumente.

Aus Modena eine „Jungfrau" von Andrea del Sarto, mehrere Zeichnungen des Correggio, aus der Bibliothek von Modena im Jahre 1859 entnommene Manuskripte und Bronzen, zwei Bilder des Salvator Rosa, ein Bildnis des Dosso Dossie u. s. w.

Belgien erhebt Ansprüche auf Waffen aus dem alten Arsenal in Brüssel, den Schatz des goldenen Vließes, Münzen, Medaillen von Theodore von Berckel, das Triptychon des heiligen Ildephonse von Rubens.

Polen verlangt eine goldene Schale des Königs Ladislaus IV.,

der czecho-slowakische Staat Urkunden, historische Denkschriften, Manuskripte und Karten, die auf Befehl der Kaiserin Maria Theresia weggeführt wurden, sowie Dokumente der böhmischen Hofkanzlei und Hofrechnungskammer und Kunstwerke aus verschiedenen böhmischen Schlössern.

Hamburgs Kaffeehandel.

Dem Vernehmen nach ist in Hamburg unter dem Namen Handelsgesellschaft der Kaffeegroßröster und Händler, G. m. b. H., eine Vereinigung von 117 inländischen Firmen gebildet worden. Die Gesellschaft arbeitet mit einem aus Stammeinlagen und Darlehen zusammengesetzten Betriebskapital von 664,500 Mark. Jeder Gesellschafter hat sich verpflichtet, eine Stammeinlage von einem Fünftel des auf ihn entfallenden Betrages und außerdem den vierfachen Betrag als unkündbare Darlehen zu den Betriebsmitteln der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Dagegen werden etwaige Ueberschüsse den Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Beteiligung am Umsatz zurückvergütet. Die Gesellschaft bezweckt, Kaffee und andere Lebensmittel den beteiligten Firmen unmittelbar zuzuführen und die Ware ohne Verteurung in den Verbrauch zu bringen. Sie hofft, auf diesem Wege allmählich zu einer Verbilligung der Waren im allgemeinen Verbrauch und weiterhin zu einem Abbau der Unkosten, besonders der Löhne beizutragen. Geschäftsführer ist Arthur Darboven in Firma J. J. Darboven, Kaffeerösterei in Hamburg.

Dr. Arning über Deutsch-Ostafrika.

Vortrag des Stabsarztes, der mit Lettow-Vorbeck war, über Erlebnisse.

In einer stark besuchten, in Hannover abgehaltenen Versammlung der Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei nahm Stabsarzt Dr. Arning, zum erstenmale nach seiner Rückkehr aus Ostafrika bezw. aus der englischen Gefangenschaft Gelegenheit, sich über seine Kriegseindrücke zu äußern. Der „Hannoversche Kurier" schreibt darüber:

Dr. Arning entwarf zunächst ein anschauliches Bild von der großartigen Entwicklung, die Deutsch-Ostafrika dank der Tüchtigkeit deutscher Ansiedler, deutscher Kaufleute und Techniker in kaum 30 Jahren genommen hat. Eine gewaltige Arbeit ist dort geleistet und die Kolonie stand im Begriff, das Haupt-Kaffeeland der Welt zu werden. Sechs Millionen Stück Rindvieh bevölkerten die Weiden, Farmbetriebe und Meiereien wuchsen in immer größerer Zahl aus dem Boden. Die Zentralbahn hatte einen so starken Verkehr, daß man sie zweigeleisig ausbauen wollte. Und alle diese Arbeit vollzog sich in voller Ruhe und ohne Schwierigkeiten mit den Eingeborenen. Der Krieg traf das Land gerade in dem Augenblick, als es ein Klein-Indien für uns werden wollte. Der Krieg traf die Kolonie aber auch völlig unvorbereitet. Wäre man in Ostafrika darauf vorbereitet gewesen, dann war die Möglichkeit durchaus gegeben, von dort aus erfolgreich zum Suezkanal vorzustoßen.

In seinen Ausführungen über die Ereignisse während des Krieges erhob Dr. Arning lebhafte Vorwürfe gegen das Kolonialamt. Zwei Schiffe seien vom Reiche während des Krieges nach der Kolonie gesandt. Beide seien angekommen. Warum habe man nicht mehr gesandt? Das erste Schiff habe außer 1800 Gewehren und 2 Millionen Patronen, die aber verdarben, weil sie nicht wasserdicht verpackt waren, nichts für die Schutztruppe gebracht. Oberleutnant Christiansen, der Führer des Schiffes, sei vor der Ausfahrt dreimal beim Kolonialsekretär Solf gewesen, um etwaige Mitteilungen an die Kolonie zu erhalten, er sei aber nicht ein einziges Mal empfangen worden, ein Zeichen, wie geringes Interesse der Staatssekretär der Kolonie entgegengebracht habe. Das zweite Schiff habe freilich Bestellungen, die die Kolonie gemacht hatte, mitgebracht, aber man habe den inzwischen veränderten Verhältnissen, von denen man in Berlin Kenntnis hatte, in keiner Weise Rechnung getragen. Hätte man die Kolonie mit Artillerie versorgt, oder wäre das Schiff nur einen Monat früher angekommen, so hätte sich eine ganz andere Entwicklung vollziehen können.

Deutsch-Ostafrika sei vollständig und rücksichtslos von den Behörden der Heimat im Stiche gelassen worden.

Wenn es zutreffend gewesen wäre, was der jetzige Minister Erzberger und die Sozialdemokraten über unser Verhältnis zu den Eingeborenen schon vor dem Kriege im Reichstage behaupteten, so hätten die Eingeborenen beim Kriegsausbruch jedem Deutschen den Hals umdrehen müssen. In Wirklichkeit sei von den Eingeborenen nicht eine einzige feindselige Handlung gegen uns unternommen. Sie standen alle mit dem Herzen auf unserer Seite, und gerade die Bezirke, wo die Eingeborenen am meisten mit den deutschen Ansiedlern in Berührung gekommen waren, erwiesen sich als die zuverlässigsten, ein Zeichen, daß die Deutschen es verstanden hatten, sich zu den Eingeborenen zu stellen.

Der Vortragende schilderte dann, wie in der Kolonie, die vollständig von der Heimat abgeschnitten war, die wohl Rohstoffe, aber keine Verarbeitungs-Einrichtungen besaß, Webereien, Gerbereien, Schuhfabriken, Zigarrenfabriken und andere Industrien erstanden, wie der Köstingsche Ingenieur Kurt selbst den Torpedoboot- und Ubootbau versuchte, wie deutsche Intelligenz und Tüchtigkeit alles versuchte, um die Kolonie zu erhalten. Unter der jetzt so geschmähten deutschen Verwaltung ist in Deutsch-Ostafrika mehr geleistet worden, wie in irgend einer Kolonie irgend eines Volkes.

Interessant waren auch die Mitteilungen über die ungeheure Truppenmacht und die Aufwendungen der Engländer an modernstem Kriegsgerät gegenüber dem Häuflein unserer schlecht bewaffneten Streiter. Etwa 6000 Automobile allein standen den Engländern im Kampfe gegen die Kolonie zur Verfügung. Bewundernswert war der Heldenmut, mit dem die deutschen Ansiedler unter furchtbaren Strapazen jahrelang die neue Heimat verteidigten, obgleich ihnen als Endergebnis nur Tod oder Gefangenschaft vor Augen standen. Noch bewundernswürdiger aber, daß die Eingeborenen freiwillig diese Strapazen und Gefahren teilten, obwohl sie schließlich keine Löhnung, keine Kleidung, ja nur noch dürftige Nahrung erhielten. Und wenn man der Erzbergerschen Behauptung, daß die Pflanzer im nördlichen Teile der Kolonie „Schinder" und „Betrüger" gegenüber den Eingeborenen gewesen seien, die Tatsache entgegenstellen kann, daß gerade aus diesem Bezirk sich die meisten Freiwilligen aus den Eingeborenen meldeten, so erhellt daraus, daß es eine dreiste Lüge ist, wenn unsere Feinde behaupteten, daß wir die Behandlung der Kolonialvölker nicht verstehen. Wenn je ein Volk zur Kolonialarbeit berufen war, so ist es das deutsche Volk. Wenn die Kolonie verteidigungsfähig gewesen wäre, so würde sie nicht verloren gegangen sein. Das deutsche Volk ist der höchsten Leistungen fähig. Wenn es allerdings in unserem Volke so weiter geht, wie seit der Revolution, daß man nur an Vergnügen und betäubenden Genuß, nicht aber an Arbeiten denkt, dann sind wir für immer verloren. Aber die Jugend wird uns helfen, wieder ein Volk und ein Reich erstehen zu lassen, wie das war, das wir 1914 zurückgelassen haben.

Der erste Landtag der badischen Republik.

Im Vergleich zum Norden sind Ordnung und Gang der Staatsmaschine in Baden geradezu glänzend.

(„Neue Züricher Zeitung".)

Nach fast siebenmonatiger Tagung hat der erste Landtag der jungen badischen Republik seine Session geschlossen. Die Hälfte dieser Zeit hat er als Nationalversammlung getagt und als erste in deutschen Landen das Werk der Verfassung geschaffen. Seit Ostern ist er auf Grund einer Volksabstimmung zum Landtag erklärt, der nun die regulären Geschäfte zu vollziehen hat. Doch läßt auch hier der Charakter das Werdende und Gärende nicht verkennen, wie das die Zeit der Umwälzung, in deren Zeichen wir immer noch stehen, mit sich bringt. Eine Flut von Interpellationen, zu einem großen Teil aus einem agitatorischen Bedürfnis geboren, ist aus dem Schoß des Landtages emporgestiegen. Zu der gesetzgeberischen Arbeit ist nach Erledigung der Verfassung nicht viel hinzugekommen. Es war wohl auch unter dem Druck der Gesamtlage und ihrer Unsicherheit, die für die dringendsten Bedürfnisse des Tages das Nötige verlangte, nicht anders gut möglich. Und ist gewiß auch besser so.

Sechs Nachträge zum Budget sind von der Regierung angefordert und vom Landtag auch bewilligt worden. Darunter viele Millionen an Teuerungszulagen für Beamte und Staatsarbeiter. Aber auch für andere wichtige Zwecke der staatlichen Fürsorge, die ebenfalls die Not der Zeit verlangte. So mehrere Millionen für Notstandsarbeiten, ebenso für Abhilfe der Wohnungsnot. Heute allerdings fast nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Infolge des Mangels an Baumaterialien, der wiederum eine Folge des Kohlenmangels ist, hat sie ganz außerordentliche Dimensionen angenommen. Auch in den Kosten! Sie betragen heute das Drei- und Vierfache der Friedenszeit. Ein Beispiel: Der Neubau einer medizinischen Klinik in Heidelberg war auf 2,300,000 Mk. veranschlagt gewesen. Er würde heute nach denselben Plänen über 7 Millionen erfordern. Auch nach einer ganz wesentlichen Einschränkung und Umgestaltung des ganzen Planes kommen die Kosten immer noch auf 4 Millionen Mark. Auch die Erwerbslosenfürsorge erfordert ganz bedeutende Summen. Seit November vorigen Jahres betrugen ihre Gesamtkosten in Baden 22 Millionen Mark, wovon auf den Staat rund 7 Millionen entfallen. Dabei hat die Zahl der Erwerbslosen beträchtlich abgenommen. Sie beträgt heute mit etwa 11,000 noch die Hälfte der Wintermonate. Auch hier ist, abgesehen von dem Fehlen der Rohstoffe, die namentlich für unsere Textilindustrie außerordentlich empfindlich ist, der Kohlenmangel die wesentliche Ursache. Er nötigt auch uns in Baden zu einer möglichsten Ausnützung der elektrischen Kraft. Ihr dient eine Nachforderung von 25 Millionen zur Erweiterung des großen Elektrizitätswerkes, welches der Staat im Murgwerk besitzt. Kein Wunder, wenn ein Steuerzuschlag nach dem andern kommt. Zuletzt der ganz beträchtliche mit 114 Millionen Mark Ertrag. Aber nicht alltäglich ist wohl, daß eine Volksvertretung die große Steuerforderung des Finanzministers noch überbietet. So brav war der badische Landtag. Er hat die Sätze des Zuschlags ganz wesentlich nach oben hin erhöht und den Zuschlag zur Vermögenssteuer statt bei 200,000 Mark schon bei 50,000 Mark beginnen lassen, so daß der Gesamtertrag nun 144 Millionen betragen wird. Darin zeigt sich der energische Wille, die Finanzen des Staates baldmöglichst wieder auf eine gesunde Grundlage zu bringen, und das kann nur geschehen, indem man ernstlich beginnt, Schulden zu tilgen.

Manche Leute behaupten die Revolution und die Republik kosten dem Staat mehr Geld als das alte Regime. Auch das wird bald seine Grenzen finden. Allem voran geht das Reich. Es braucht ungezählte Milliarden. Die Not und der Zwang, in dem Deutschland steht, verlangen sie. Die Finanzhoheit und damit zu einem guten Teil wohl auch die politische Selbständigkeit der Bundesstaaten, oder wie es jetzt nach der neuen Reichsverfassung heißt, der „Länder", wird damit allerdings auf dem Altar des Reiches geopfert werden müssen. Unaufhaltsam treibt die Gewalt der ungeheuren Zwangslage zum Einheitsstaat. Auch der badische Landtag ist sich dessen bewußt gewesen. Gern sieht er natürlich die Einbuße nicht, die der einzelstaatlichen Souveränität droht. Aber darüber waren alle Parteien, wenn auch Nuancen und Einzelheiten bestanden, doch einer Meinung. Zur Rettung des Reiches — und darum handelt es sich bei der Erzbergerschen Finanzaktion — ist kein Opfer zu groß, auch das der eigenen Selbständigkeit nicht.

Aus der großen Menge der Interpellationen, die den Landtag oft über Gebühr lang beschäftigten, sind um der Bedeutsamkeit ihres Gegenstandes willen zwei besonders bemerkenswert. Eine über die Durchführung der Sozialisierung. Es war die Einlösung eines Versprechens, das die Masse ihrer Anhänger stellt, wenn die Sozialdemokraten das große Problem anschnitten. Ihre Stellung und die ganze Aussprache, die während mehrerer Tage darüber gepflogen wurde, war bemerkenswert durch die Mäßigung der Sozialdemokratie und durch die Unfruchtbarkeit an praktischen Vorschlägen. Ist das alles? mußte man sich unwillkürlich fragen. Ebenfalls von den Sozialdemokraten gestellt war eine Interpellation über die Reform der Universitätsverfassung. Damit war der ganze große und wichtige Komplex der Fragen der Universitätsbildung, der Besetzung der Lehrstühle, der Verhältnisse der Dozenten, aber auch der Studierenden, und alles, was damit zusammenhängt, zur Debatte gestellt. Der sozialdemokratische Interpellant, selbst ein akademischer Dozent, übte eine sehr scharfe Kritik, und gewiß ist die Verfassung der deutschen Universitäten in manchen Stücken veraltet. Die Selbstherrlichkeit der Ordinarien, der Direktoren der Universitätsinstitute, die ganz außerordentlichen Einkommen einiger Berühmtheiten — man sprach von 100,000 und 200,000 Mark im Jahr — und die Hungerexistenzen der Privatdozenten und auch mancher Extraordinarien, angeblich politische oder soziale — alles das und anderes mehr sind Dinge, die gewiß der Reform und der Abhilfe bedürfen. Das wird auch von den einsichtigen Akademikern selbst zugestanden. Es wird getätigt durch die Reform der Universitätsverfassung, die im Werk ist. Aber die Kritik eines so wertvollen und wichtigen Volksgutes, wie unsere Universitäten sind, darf, wenn sie nicht demagogisch wirken soll, über den Schatten doch auch das Licht nicht übersehen, das denn doch in reichem Maße vorhanden sein muß, sonst könnten unsere deutschen Universitäten unmöglich die Höhe ihrer wissenschaftlichen Leistung, die unbestritten ist, erreichen. Ihr sind die Ankläger und Kritiker in der badischen Universitätsdebatte nicht gerecht geworden. Es war nicht unberechtigt, wenn der demokratische Abgeordnete Gothein, selbst ein hervorragender Universitätslehrer, diesem Gefühl Ausdruck verlieh mit den Worten: Die Universitäten sind zwei Tage lang auf der Anklagebank gesessen! Es war ein beachtenswertes Symptom, daß das Zentrum, auf meist weit zurückliegende Fälle zurückgreifend, an Schärfe der Kritik die Sozialdemokraten womöglich noch übertraf.

Man darf begierig sein, wie sich die Dinge in dieser Hinsicht weiterentwickeln, auch in Baden. Noch haben wir hier im Unterschied zum Reich, wie allgemein in Süddeutschland, die Koalitionsregierung der alten Mehrheitsparteien, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten. Welches auch ihr Horoskop für die Zukunft sein mag — die Zusammenarbeit der drei Parteien hat geleistet, was unter den schwierigen Verhältnissen der Umwälzung und ihren immer noch fortdauernden Wirkungen möglich war. Im Vergleich zum Norden sind Ordnung und Gang der Staatsmaschine in Baden geradezu glänzend. Es ist zweifellos eine Konsolidierung der Verhältnisse eingetreten. Die Bevölkerung hat sich überraschend leicht in die republikanische Staatsform gefunden. Nur wer völlig vergißt, daß so ungeheure Erschütterungen, wie sie der verlorene Krieg, der Zusammenbruch und die Revolution bedeuten, unmöglich im Handumdrehen am ganzen Körper des Volkes und Staates vorübergehen können, kann mehr verlangen, kann verlangen, daß heute schon alles in ruhigem und geregeltem Geleise sich bewegt. Wir befinden uns immer noch, auch in Baden, im Zeichen der Revolution, und die Lage verlangt nach wie vor Vorsicht. Aber sie ist befriedigender als irgendwo auf deutschem Boden.

Die fremden Herren im Rheinland.

„Unverzagt auf Gott vertraut, es muß doch Frühling werden" verboten.

Frankfurt a. M. Im Wiesbadener Lehrerverein sollte eine Feier für die gefallenen Mitglieder stattfinden und eine Rede, die dabei gehalten werden sollte, wurde dem französischen Oberst Pineau zur Zensur eingereicht. Dieser strich sie stark zusammen und verbot u. a. die Worte „Nationales Bewußtsein" und den Satz: „Unverzagt auf Gott vertraut, es muß doch Frühling werden" ganz.

Der Lehrer einer Volksschule in Wiesbaden wurde aus der Klasse heraus verhaftet, weil er einen Schüler leicht züchtigt, dessen Vater ein gebürtiger Franzose war. Oberst Pineau, der der Vorfall gemeldet wurde, ging gegen den Lehrer vor, weil nach den Gesetzen französische Kinder nicht geschlagen werden dürfen. Von einer solchen Verordnung ist hier nichts bekannt.

Der französische Ortskommandant von Bierstadt ließ einen Lehrer gefangensetzen, weil der Mann ein